



# HESSISCHER LANDTAG

04. 02. 2015

Plenum

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit!**

Der Landtag wolle beschließen:

Wir haben Tage erlebt, die Europa erschüttert haben. In Frankreich wurden Menschen ermordet, weil sie Karikaturen zeichneten, weil sie für Meinungsfreiheit und Menschenrechte eintraten, weil sie Menschen schützten und weil sie Juden waren - 70 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz. Wir trauern um die Opfer.

Seit dem Zweiten Weltkrieg waren weltweit noch nie so viele Menschen auf der Flucht. Gerade Muslime, Juden und Christen sind Opfer von Gewalt und Vertreibung. Dies droht europäische Gesellschaften zu spalten.

Menschen fliehen nach Europa vor Krieg und politischer, religiöser oder ethnischer Verfolgung, vor Hunger und bitterer Armut, vor Umweltzerstörung und vor brutalen Menschenrechtsverletzungen in ihrer Heimat. Asylrecht ist ein wichtiges und aus geschichtlichen Gründen in der Verfassung verankertes Grundrecht. Angriffe auf Grundrechte unterschreiten die Standards, nach denen wir leben wollen. Allzu oft in unserer Geschichte, als Menschen ausgegrenzt und verfolgt wurden, haben zu viele zu lange nur zugeschaut. Eine menschenwürdige Gesellschaft wird aber nur entstehen und Bestand haben, wenn ihre Mitglieder bereit sind, sie gleichberechtigt zu entwickeln und zu verteidigen.

Wer gegen Sozialabbau, zu niedrige Löhne oder die politischen Verhältnisse demonstrieren will, der soll dies tun. Wer aber gegen Menschen, wegen ihres Glaubens oder ihrer Herkunft demonstriert, hat kein Verständnis verdient. Seine Wut gegen die vermeintlich Schwächsten einer Gesellschaft zu richten ist beschämend. Wir stehen an der Seite derer, die diesen haltlosen und dumpfen Angriffen ausgesetzt sind. Wer bei uns Zuflucht sucht, ist willkommen!

Wir verurteilen jede Gewalt, die im Namen welcher Religion auch immer gegen Menschen ausgeübt wird. Keine Religion rechtfertigt das Verletzen oder Töten von Menschen. Ebenso haben wir kein Verständnis für antisemitische, antiislamische oder christenfeindliche Hetztiraden. Rassismus hat in Hessen und in Deutschland keinen Platz.

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Wir bekennen uns zu den in der Verfassung festgehaltenen Grundrechten, die unabhängig von Geschlecht, Religion und Herkunft für alle Menschen gelten: vor allem zu dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie zur Presse-, Meinungs-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Wir bejahen ausdrücklich die Diversität der Menschen und wollen die daraus entstehenden Konflikte im Rahmen der Rechtstaatlichkeit gemeinsam lösen.

### **Begründung:**

Der vorgelegte Text entspricht einem Aufruf des Frankfurter Römerbergbündnisses, bestehend aus: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Evangelische Kirche, Frankfurter Jugendring, Jüdische Gemeinde, Katholische Kirche, zu einer Kundgebung am 26.01.2015, an dem mehr als 12.000 Menschen teilnahmen.

Der Aufruf wurde bisher (Stand 27.01.2015) von 220 Organisationen, Gewerkschaften, Vereinen und Parteien, darunter: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt am Main, CDU-Kreisverband Frankfurt am Main, DIE LINKE Kreisverband Frankfurt am Main, FDP Kreisverband Frankfurt am Main und SPD Unterbezirk Frankfurt am Main, unterstützt.

Siehe Homepage: <http://www.frankfurt-gegen-rassismus.de/home-slider/>

Bei einer solch breiten gesellschaftlichen Akzeptanz erscheint dieser Text in besonderem Maße geeignet auch im Hessischen Landtag verabschiedet zu werden.

Wiesbaden, 3. Februar 2015

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Schaus**